

Die II. Internationale zum Kriege vor dem Kriege!

Die II. Internationale hat auf ihrem Kongress von Stuttgart und Kopenhagen für das Proletariat aller Länder als leitende Grundsätze für den Kampf gegen den Krieg festgelegt, was anlässlich der sechszehnjährigen Wiederkehr ihres schändlichen feigen Umfalls den Proletariaten noch mal in Erinnerung gebracht werden kann. Die Resolution lautet: Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel, die sie je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern, den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für eine rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dafür zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Besetzung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

Den Proletariaten der SPD, muß immer wieder klar gemacht werden, daß die II. Internationale längst im Dienst der internationalen Bourgeoisie steht und die Worte Klassenkampf und Sozialismus nur noch nach außen als alte Firma gelten, während man sich innen längst häuslich im kapitalistischen System eingerichtet hat.

Für alle Proletariaten, für die der Klassenkampf nicht ein Unterschleichen unter die Fittiche der Bourgeoisie bedeutet, kann und gibt es nur eine Parole: Heraus aus allen Organisationen, die der II. Internationale irgend wie in Verbindung stehen. Die Internationale der Arbeiterklasse, der Menschheit ersticht im Kampf und hat als Fundament proletarische Organisationen, die nach dem revolutionären Rätesystem aufgebaut sind.

Die verbotene Gewerkschaftslinie

Die II. Internationale posant von Zeit zu Zeit immer neue Parolen in die Welt und man kann wirklich nicht behaupten, daß sie hierbei unbeweglich sei. In keiner Frage sind ihre Auffassungen so wechselhaft wie in der Gewerkschaftsfrage. Alle Augenblicke wird festgestellt, daß die bisher erfolgte Gewerkschaftspolitik nicht das ganz Richtige war und neue, verbesserte Richtlinien sollen die alten ergänzen. Diese Schwankungen selbstverständlich nicht durch irgendwelche Spielereien der Gewerkschaftsspezialisten erzeugt, sondern haben ihre Ursache in den wechselnden Schwierigkeiten der russischen Wirtschaft und Staatspolitik. In letzterem Interesse will man den Anschluß an Amsterdam um jeden Preis. Es hat allerdings auch Zeiten gegeben, wo man hierauf verzichten konnte; es sei hier an die Ordnung der roten Gewerkschaften und der roten Gewerkschafts-Internationale erinnert. Also einmal gegen Amsterdam, dann für Amsterdam. Bald wieder einmal gegen Amsterdam und trotzdem Proletariat, die auch nur einmal das Maul auf tun, sofort aus den Verbänden hinausgeworfen werden, macht man für Amsterdam Reklame. Amsterdam muß ihnen wirklich sehr viel wert sein, daß sie nichts unterlassen, um nur ja nicht den Anschluß zu verpassen. Das von ihnen angerichtete Tobuwabohn hat letzten Endes soweit geführt, daß ihre eigenen Mitglieder nicht wissen, was zu tun ist. Man braucht wirklich nicht revolutionär sein, um für die Gewerkschaftsbürokratie schon ausschließend zu werden und so wird auch ein großer Teil der KPD-Proletariaten an die frische Luft gesetzt. Früher wollte man diese Genossen wieder organisatorisch erfassen, was man heute jedoch im Interesse der Orgesch-Gewerkschaften unterläßt. Als Beweis seien folgende Ausführungen in der Roten Fahne vom 13. 5. 30 wiedergegeben. Es heißt dort:

„Jede besondere Organisation der Ausschlossenen bedeutet die Organisation, die nicht leben und nicht sterben können. Die Ausschlossenen haben als die aktivsten Funktionäre der Gewerkschaftsopposition die Aufgabe, in den Betrieben im Sinne der Gewerkschaften den Kampf gegen die sozialfaschistische Spaltungspolitik weiterzuführen.“ Und weiter heißt es dann: „Diese Gewerkschaftspolitik bedingt gleichzeitig die stärkste Förderung aller Gewerkschaftsorganisationen, die von der Gewerkschaftsbürokratie abgespalten sind.“ Man will also auch hier wieder den Anschluß, denn erstens will man nicht in der Luft hängen und zweitens hat man nicht Lust, beim Proletariat als Versärgler dazustehen. Überlassen wir dies getrost den Bürokraten.

All die verschiedenen bisherigen „Linien“ der Gewerkschaftsopposition haben in den Antworten ihre konterrevolutionäre Jaussensicht nicht verhillen können; weil dort, wo die Eroberer Gelegenheit hatten, ihre scheinrevolutionäre Phrasologie praktisch anzuwenden, diese von der offiziellen Gewerkschaftspolitik nicht zu unterscheiden war.

Augenblicklich wird besonderer Wert auf die Arbeit in den Gewerkschaften gelegt, jedoch der Kampfschlag ist und dürfte auch einige Zeit noch bleiben, die rote Gewerkschaftsopposition. Die berufliche Zusammensetzung ist wie bei den Gewerkschaften, so daß schon rein äußerlich kein Unterschied besteht. Doch dies wäre nicht das Ausschlaggebende, wenn sie die dem Wesen und Willen nach etwas anderes sein würde. Es sei hier nur der Kohlerstreik kurz erwähnt, der nichts anderes war, als ein „Kampf“ des ausgeschlossenen Reichs als Tarifkontrahent anerkannt zu werden. Man erkennt nicht die Situation, welche erforderlich macht bei minimalen Tarifforderungen nicht stehen zu bleiben, sondern die Massen kämpfe zu politischen umzuformen. Im Grunde genommen ist die Politik der sogenannten „Roten Gewerkschafts-Organisation“ nicht mehr aber auch nicht weniger reformistisch, als die der staatlich verordneten Volksverdammer. Eins will man auf jeden Fall, nämlich, den Amsterdamer den Wind aus den Segeln nehmen, und klettert deswegen bei der Aufstellung von Forderungen in ungehörige Höhen. Ein Beispiel hierfür zeigen uns die anlässlich der Künigebung des Tarifes der Metallindustrie zur Diskussion gestellten Forderungen der Opposition. Während man früher den Kampf über die Höhe der Gewerkschaftsbürokraten hinweg organisieren wollte, singt man heute wieder dasselbe Lied, die Gewerkschaften müssen alles fordern. Wenn

man die Forderungen selbst liest, weiß man wirklich nicht, ob man Junge oder Mädel ist. Stehen wir auch nicht auf dem Standpunkt, überhaupt tarifliche Forderungen zu stellen, so möchten wir den Herren von der KPD, sagen, daß ihre Aufstellung nicht nur von uns, sondern auch von vielen indifferenten Arbeitern als bloßer Bluff angesehen werden dürfte. Oder halten sie vielleicht die Einführung des 7-Stunden-Tages bei gleichem Lohn, wie bei ständiger Arbeit in der Berliner Metallindustrie realisierbar. Oder noch einen Leckerbissen: „Der Urlaub beträgt für jeden Arbeiter unter 18 Jahren 24 Arbeitstage usw.“

Es können noch mehr solcher Leckerbissen aufgezählt werden, doch wollen wir dies hier nicht mehr tun, sondern könnte sich mancher Arbeiter schon im voraus den Magen verderben. Aus allem Gesagten geht hervor, daß die KPD, nicht gewillt ist, den konterrevolutionären Gewerkschaften den Garaus zu machen, sondern sich für ihre Zutrübendens wertvoll machen dürfte. An die Eroberung der Gewerkschaften denkt heute schon kein Arbeiter mehr und außerdem wissen wir auch, daß dies möglicherweise ohne Bedeutung für die Arbeiterschaft wäre, allerdings nicht für die beamteten Blutsauger, Gewerkschaftsbeamten genannt. Die Gewerkschaften sind Bollwerke dieser kapitalistischen Ordnung und werden es bleiben. Das Proletariat weiß aber auch, daß es nur etwas erreichen kann, wenn der bestehende Staat samt seiner Ordnung gestürzt wird. Da dies mit Hilfe der Gewerkschaften nicht möglich ist, muß sich das Proletariat als Klasse zusammenschließen und den Kampf politisch auf revolutionäre Grundlagen führen. Nicht in Berufsgruppen kann etwas gemacht werden, sondern Klasse gegen Klasse muß der Kampf geführt werden. Einerseits die Union der Arbeiter, andererseits die Bourgeoisie. Sobald das Proletariat dies erkennt, dürfte der Sieg der Arbeiterschaft nicht in Frage gestellt sein.

Judas und die Reformisten

Der grandiose Verrat der Arbeiterinteressen durch die Freien Gewerkschaften steht einzig in der Weltgeschichte da. Es gibt keine bedeutende Unternehmung, die das Maß der Schand, der Verantwortlichkeit in bezug auf die Revolution, wobei die Palme in der Hinsicht der deutschen Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften gebührt.

Doch der Verrat der Freien Gewerkschaften ist eigenartiger Natur. Judas ließ sich seine Silberlinge wenigstens nicht von Christus auszahlen. Die Individuen von der Gewerkschafts-Internationale und der KPD, die das Proletariat jetzt plündern, die die Bourgeoisie verkaufen, bezahlen jedes Käsestück, die sie verkaufen, und jedes Glas Bier, das sie blumenschlucken, auch wie vor von den Groschen, die sie von ihnen verkaufen und verrottenen Proletariaten. Der bestehende Klassenstaat braucht sich nicht in Unkosten zu stürzen; diese Proletariaten sind umsonst zu haben, sie kommen schon gelohnt auf einen leisen Pflanz.

Rosa Luxemburg.

Wie Gewerkschaften „erobert“ werden

Nachfolgendes Gerichtsbescheid entnehmen wir der Berliner Metallarbeiterzeitung vom 19. 7. 30.

Im Namen des Volkes!
Verhandelt am 28. Mai 1930, gegen Kindermann, als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

des Gewerkschaftsangehörigen Paul Tirpitz in Berlin, Linienstraße 83-85, per Adr. Deutscher Metallarbeiterverband, Klügers, gegen
Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg in Berlin C 2, Klosterstraße 65-67, gegen
den Dreher Willi Krause in Berlin N 65, Klausstraßen 17, Beklagten.

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwältin Dr. Margarete Beyer, Berlin SW 11, Hallesches Ufer 14.

1. dem Kläger eine die geordnete Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben des Branchenfonds der Dreher bis zum Ausschluß des Beklagten aus dem Deutschen Metallarbeiterverband enthaltende Rechnung aufzustellen;

2. die für den Branchenfonds der Dreher geführten Kassenbücher an den Kläger herauszugeben.

Die Kostenentscheidung bleibt dem Schlußurteil vorbehalten. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung von 600 Mk. vorläufig vollstreckbar.

So wird es gemacht, wenn die sogenannte Opposition glaubt, durch erhaltene Stimmenmajorität die Oberhand erhalten zu haben. Staatsräuberliche Organisationen werden selbstverständlich von Staats wegen unterstützt und ohnmächtig ist derjenige, der glaubt, mit legalen Mitteln gegen eine staats-erhaltende Bürokratie angehen zu können. Wenn auch die Eroberer ihre Bereitwilligkeit, Lakaidendienste zu leisten, zur Genüge an den Tag gelegt haben, so überläßt die Bourgeoisie das Zepher über die Arbeiter lieber denen, die ihre Zuverlässigkeit Jahrzehnte bewiesen haben; außerdem kennen die Kapitalisten in gewissen Fällen auch so etwas wie Dankbarkeit. Arme Trottel sind die, die den Gewerkschaftsbesitzer oder auch denen, die sie werden wollen, ihre Hungergrößen in den Hals werfen. Dies gilt es zu erkennen und die Geschichte in die eigene Hand zu nehmen. Die Organisation der Arbeiter als Klasse in der Union, der Kampf der Arbeiter gegen dieses verruchte System, wird den Arbeitervertretern schwarzrotgoldener und rosaroter Couleure das verdiente Ende bereiten.

Erneutes Anwachsen der Arbeitslosigkeit

Den Berichten der Landesarbeitsämter zufolge wurden am 15. Juli auf den Nachweisen rund 2.770.000 Arbeitssuchende gezählt, das sind 1.395.000 mehr als zur gleichen Zeit des Jahres 1929. Von diesen 2.770.000 Arbeitssuchenden erlitten aus der Arbeitslosenversicherung bzw. Krisenrisikoreise 1.850.000 Unterstützung. Etwa 1 Million sind also aus der Versicherung und Krisenrisikoreise ausgeschieden. Die Zahl derer wird aber unzweifelhaft bedeutend höher liegen; denn ein großer Teil bekommt selbst aus der Wohlfahrtsfürsorge keine Mittel, stempelt also erst gar nicht mehr und kann daher auch nicht von

den Arbeitsämtern registriert werden. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte darum viel höher liegen.

Während 1929 der tiefste Stand der Arbeitslosigkeit erst Ende Juli mit 1.355.027 gemeldet wurde, war in diesem Jahre die niedrigste Ziffer bereits Ende Mai mit 2.690.898 erreicht. Anfang Juni bereits setzte die Steigerung der Arbeitslosenziffer erneut ein.

In Berlin-Brandenburg stieg die Zahl der Arbeitslosen in der Zeit vom 1. bis 15. Juli um 27.985 auf 448.994. Und diese Steigerung trotz der Tatsache, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften infolge der Getreideernte in der Landwirtschaft sich vergrößert. Auch im Braunkohlenbergbau war eine Besserung zu verzeichnen. Aber die Ursache des erneuten Anstieges der Arbeitslosigkeit liegt darin, daß in der Metallindustrie und im Ruhrbergbau die Lawine der Massenentlassungen rollt. Darüber hinaus ist in diesem Jahre die Lage im Baugewerbe eine Katastrophe. Wenn die allgemeine Arbeitslosigkeit am Schlusse des ersten Halbjahres 1930 um 86 Prozent höher war gegenüber dem Vorjahr, so betrug die Steigerung bei den Bauarbeitern unter Einbeziehung der Bauhilfsarbeiter 278 Prozent. Und so werden wir nach Lage der Dinge im kommenden Winter die vorausgesagten fünf Millionen Erwerbslose haben. Und die Apathie der Millionen gegenüber ihrem Schicksal nutzt die Bourgeoisie aus. Mit Hilfe des Paragraphen 48 wird man jetzt die Reform der Arbeitslosenversicherung durchführen, und den Erwerbslosen zeigen, daß die Parole lautet: Der Hungerriemen muß noch enger geschnallt werden. Wie lange da noch die Proletariat ihr Joch tragen wollen, muß man gespannt sein.

Bücher-Ecke

Die „große“ Zeit im Spiegel der Literatur.
Klassenkampf. RM

Gorter, „Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie“, nur noch wenige Exemplare. brosch. 1,20
Lenin-Sinowjew, „Gegen den Strom“ (Gesammelte Kriegsaufsätze) brosch. 4,— geb. 5,—
Liebknecht, „Das ZuchtHausarrest“ brosch. 0,50
„Klassenkampf gegen den Krieg“ brosch. 0,50
„Briefe aus dem Schützengraben und aus dem ZuchtHaus“ brosch. 2,50
Luxemburg, „Die Krise der Sozialdemokratie“ brosch. 0,50
„Briefe aus dem Gefängnis“ kart. 1,80, Leinen 2,80
Mehring, „Kriegsantik“ brosch. 0,75
Leibknecht, „Die Internationale d. Rüstungsindustrie“ brosch. 1,—
Spartakusbücherei, Bd. I (Umfasst die Briefe von Dezember 1914 bis Dezember 1916) kart. 1,50
Bd. II (Enthält die Documente vom September 1916 bis Okt. 1918) kart. 1,50
Spartakus im Kriege. (Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege) kart. 3,—
Romane
Becher, Klüber u. a., „Der Krieg“ (Ein Sammelbuch) Halbl. 2,50
Leinen 3,20
Barbusse, „Das Feuer“ kart. 2,80, Leinen 4,80
Dauidel, „Das Opfer“ kart. 3,50, Leinen 5,—
Frey, „Die Pfisterkisten“ kart. 2,80, Leinen 4,—
Geist, „Der anonyme Krieg“ kart. 2,80, Leinen 5,50
Göiser, „Jahrgang 1902“ kart. 2,80, Leinen 4,—
Heimburger, „Die Front im Wanke“ kart. 4,—
Johansen, „Westfront 1918 — Vier von der Infanterie“ Halbl. 2,80
Passos, „Drei Soldaten“ kart. 2,80, Leinen 4,80
Roland, „Clerambault“ kart. 3,20, Leinen 4,—
Renn, „Krieg“ kart. 2,80, Leinen 4,—
Remarque, „Im Westen nichts Neues“, brosch. 4,—, Leinen 6,—
Sinclair, „Jimmie Higgens“ kart. 2,80, Leinen 4,80
Scharre, „Vaterlandslose Gesellen“ kart. 3,50, Leinen 5,—
Schoold, „Der stille Don“ kart. 5,—, Leinen 7,—
Wolant, „Etappe Gen“ kart. 2,50, Leinen 3,80
„Eroik und Spionage in der Etappe Gen“ kart. 4,—

Zu beziehen durch
Buchhandlung für Arbeiter-Literatur
Berlin SO 36, Luisenplatz 13.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Vorstandsamt.

3. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquestr. 24.
6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstraße 88.
14. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Neumann, Kirchhofstraße 5.
15. Bezirk. Jeden Freitag, abends 17 Uhr, bei Frau Junker, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.
17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Ölberstr. 38.

Reich

Nowawes.

Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Wallstr. 62, die Funktionärsversammlungen der Partei und Union statt.

Halle.

Jeden Freitag, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.

Eisleben.

Jeden Samstag, abends 7.30 Uhr, öffentliche Diskussionsabende. Lokal wird durch die Zeitungsredaktion bekanntgegeben.

Berlin

Jeden Freitag, abends 7.30 Uhr, öffentliche Diskussionsabende. Lokal wird durch die Zeitungsredaktion bekanntgegeben.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“
Organ der K. P. D. und des Deutschen Arbeiterpartei Deutschlands
per Post — frei Haus

Der Bestellschein ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenplatz 13, zu senden.

Name:
Ort:
Summe:

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isidorow, Berlin O 17.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenplatz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 9. August 1930
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42, Buchhandl. i. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenplatz 13.

Bei Bezug vom Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Entweder — oder!

Wenn die anstürmenden Kräfte des Proletariats erlahmen, wenn ihre Front aufgeben, zersetzt ist, die Panik der Niederlage die Geister verwirrt, bleibt noch der Wehrnach der Tradition, der aufdringlich über der rauhen Wirklichkeit hintritt. Bleiben die Erinnerungen und Feiern, die Gedenktage an ruhm- und gloriose Tage und Zeiten.

Nicht nur der 9. November und der 1. Mai liegen eingepökelt in den Akten der parlamentarischen Arbeiterparteien. Auch der 4. August ist zu jenem Erinnerungstag geworden, an dem so jeder Pazifist und Klassenkämpfer schlechthin so seine Pflicht tut und als Partei-soldat das „Nieder“ und das „Hoch“ seiner Führer mit herschreit. Dann gingen sie stolzen Herzens — schlafen. Im Jahre 1930 fallen die Erinnerungen an den Auftakt des Weltgemetzels zusammen mit dem innenpolitischen „Kampf“. Und dieser „Kampf“ ist ein Schulbeispiel dafür, welchen Wert die Festlichkeiten der Pazifisten aller Schattierungen haben, die da „Demonstrationen“ gegen den kommenden Krieg sein sollen.

Es soll hier nicht im einzelnen auseinandergesetzt werden, wie weit das deutsche Proletariat durch die „positive“ Arbeit derer, die die Revolution begruben, ihre Besten in den Zuchthäusern umbrachten oder zerschlugen, gekommen ist. Den Millionen Überlebenden erzählen, welche herrlichen Zeiten sie entgegengeführt wurden, hieße Kruzifixe nach Bayern schleppen. Den anderen „Glücklichen“, die noch in der kapitalistischen Treitmühle schuffen dürfen, vorrechnen, wie ordnär sie nicht nur als Arbeiter, sondern auch als Konsumenten geschröpft werden: Das ist in diesen Blättern an anderer Stelle ausführlich geschehen — und darin überbieten sich ja auch alle Parteien gerade während der Wahlen. Und außerdem: Wem der Anschauungsunterricht der Müller- und Brüning-Regierung noch nicht genügt, dem kann man nicht helfen.

Charakteristisch ist, mit welchen Mitteln der „Kampf“ geführt wird. Sie sind ein lebendiger Anschauungsunterricht auch dafür, wie man gegen den kommenden Krieg „kämpft“.

Die Menschen haben sich daran gewöhnt, über ihre eigene Not, über die Tatsache, daß sie neben dem vollen Loden verhungern, in einer Weise zu philosophieren, daß man nicht weiß, ob man sie bedauern oder verachten soll. Millionen feiernder Menschen stehen neben Millionen feiernder Maschinen. Stehen an endlosen Strecken brachliegenden Bodens riesiger Wälder und philosophieren über die brachliegende „Bautätigkeit“. So zwischendurch erfahren sie aus der Zeitung, daß die Mittel der Technik und der Wissenschaft ausreichen würden, mit den Menschen und Maschinen das Doppelte, das Dreifache und Vierfache zu erzeugen, was heute erzeugt wird. Wenn — nicht schon zu viel erzeugt würde! Denn deswegen verhungern ja gerade Millionen.

Der Widersinn einer „gottgewollten Ordnung“ läßt sich von dieser Ordnung eben nicht trennen, auch nicht wenn „bewährte Führer“ für eine halbe Million jährlich den erzielten „Fortschritt“ besingen. Die Folgen des „Wiederaufbaues“? Die Millionen Hungerleider rebellieren, verlieren den Respekt vor einer „Wissenschaft“, die längst ausgeknobelt hat, warum der Hund beim Pissen das Bein hochhebt, die aber angesichts der Tatsache, daß die „Krise“ zur Katastrophe wird, vor lauter Wald die Bäume nicht sehen — dürfen. Das Kapital bezahlt weder Pfaffen noch „Gelehrte“, noch Parlamentarier dafür, daß sie die Wahrheit sagen. Sie haben das Lied ihres Brotherrn zu singen, und singen es. Und die Arbeiter? Sie streiten und hauen sich für dies Gesindel, und lassen sich Scheuklappen verbinden, damit sie die wahre Ursache ihres Elends nicht sehen. Sie spielen Blindkuh und tun noch ungeheuer „gebildet“ dabei.

Sie sehen deshalb auch nicht, welche armselige Schmierenkommödie ihnen die „Politiker“ aller Schattierungen vorführen. Das wirtschaftliche Chaos bringt die Schwärzer auf dem unruhig gewordenen Fundament in Aufregung. Die Krise des Weltkapitalismus und der aus

ihm bis ins grenzenlose gesteigerte Konkurrenzkampf um die Märkte beschneidet dem deutschen Kapital den Profit. Der kapitalistische „Friedensvertrag“ verkürzt die Profiteure um weitere erhebliche Prozente. Bleibt kein anderer Weg, als durch verschärfte Auspönerung der Proletariat die „Krise“ zu „beheben“. Das Kapital wirft die demokratische Maske beiseite, erklärt die dreimal heilige Versessen der Demokratie für einen Arschwisch, schießt seinen Reichstag nach Hause, und läßt durch den steinalten Mann-Hindenburg aufschreiben, was es will. Darüber steht „Notverordnung“. Diese demokratische Methode ist aber ebenfalls in der „Verfassung“ vorgesehen. Diese „Verfassung“ ist so inhaltlich und so logisch wie die Bauernregel: „Kräht der Hahn auf dem Mist, so ändert sich das Wetter, — oder es bleibt so, wie es ist.“

Und nun beginnt ein „Kampf“ um diese „Verfassung“. Angeblich natürlich auch gegen die „Not“. Das soll so gemacht werden, daß jeder, der es ein bißchen besser haben möchte, einen Zettel, auf den er seinen Namen schreibt, in einen Steinkrug oder Holzkasten steckt. Gelingt der „Sieg“, — dann kann das Kapital wieder den steinalten Hindenburg notverordnen lassen wie vormem. Natürlich verfassungsgemäß. Artikel 48 der Verfassung gibt ihm das „gesetzliche“ Recht dazu.

In diesem Reigen ist auch der „Kampf“ gegen den „nächsten“ Krieg eingeschlossen. Die erste Geige dabei spielt die sozialdemokratische „Internationale“. Die Panzerkreuzer, die die Sozialdemokratie bewilligt, sind natürlich zum Schutz der Arbeitslosen. Und die Linder, die Macdonald massenweise zusammenschließen läßt, die sind dem „Sozialismus“ im Wege, wie ihn der englische Kapitalismus will. So lange die Proleten natürlich nur schreien „Nie wieder Krieg“, und nicht sehen, daß die Kriegszetzer, die mit ihnen schreien, schon dabei sind, liegt für das Kapital keine Gefahr vor. So und nicht anders kann das Proletariat kriegerisch gemacht werden!

Was soll man nun eigentlich nach Darlegung der Tragikombödie der „erstickten“ Arbeiterbewegung noch „positives“ hinzufügen? Etwa hinweisen auf den „sozialistischen Aufbau“ in Rußland, der „verteidigt“ werden müsse? Wir wünschen, es gäbe noch etwas zu „verteidigen“. Aber alles Geschrei kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß auch in Rußland die Zuchthäuser von denen voll sind, die aufbegehren, weil der Widerstand der kapitalistischen Warenproduktion in Rußland in die sozialen Abgrund schlenderte. Die Kraftworte der KPD sind kein Beweis gegen die Tatsache, daß das „rote Rußland“ jederzeit bereit ist, mit „sozialfreundlichen kapitalistischen Staaten Bündnisse“ einzugehen. Nicht umsonst hat Clara Zetkin 1923 im deutschen Reichstag erklärt, daß ein Bündnis der Rotarmisten mit der deutschen Reichswehr nicht „aussichtslos“ sei. Die „Theorie“ Bucharins zu der kapitalistischen Praxis verfliehe in diesem Falle jeden Proletariat, „zum Siege der beiden Verbündeten beizutragen“. Der Burgfrieden mit dem Kapital ist die notwendige Konsequenz des kapitalistischen Aufbaues in Rußland.

Und diese Logik ist der Schlüssel dafür, warum die revolutionäre Lösung: „Alle Macht den Räten!“ auch von den Sektionen der II. Internationale zum alten Eisen geworfen werden mußte. Warum sie die Arbeiter in die sozialfaschistischen Gewerkschaften treiben müssen. Bis „unter dem Krachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Massen erwachen wie vor den Posaunenstößen des jüngsten Gerichts“. Bis diese prophetischen Worte Karl Liebknechts wieder „Fleisch und Blut“ werden. Bis die Millionen der tausendmal betrogenen Proletariat durch ihre solidarische Aktion den lächerlichen Plunder von Demokratie überrennen und durch den revolutionären Klassenerröde diese Ordnung in ihrem Fundament entwürzen durch Aufhebung des kapitalistischen Privatigentums an den Produktionsmitteln.

Es gibt kein „wenn“ und „aber“ mehr, es gibt nur noch ein Entweder — oder!, schimpflichen Untergang — oder den Triumph des kämpfenden Proletariats!

Massenentlassungen

Hintergründe.
15 Millionen Proletariat in der kapitalistischen Welt haben keinen Platz mehr in der Produktion und müssen fernher Millionen allein in Deutschland bevölkern die Sklavengerichte. Und während sie tagaus, tagein dort mit dem „limeren Gefüh“ hingehen, daß doch noch einmal der „Tag kommen wird, wo für sie der „Platz an der Sonne“ da sein wird, in dem der Kapitalist sie vielleicht noch einmal in die Tretnähle einsteigen läßt, müssen sie nun erfahren, daß eine neue Massenentlassungswelle sich über das deutsche Proletariat ergießt.

Die rheinisch-westfälische Metallindustrie und der Bergbau, sowie die Berliner Metallindustrie sind insbesondere der Herd der Entlassungen von Tausenden Proletariaten. Die Siemens, Borsig, Krupp & Co. kennen kein Pardon. Und das Hervorstechendste ist, daß die Angestellten — die Proletariat mit dem Stehkragen — ebenfalls einspringen müssen „in den Riß der Zeit“. Sie stellen heute eine große Belastung für das Kapital in seinem Produktionsmechanismus dar. Und so haben die Siemens, Borsig und Genossen in der Berliner Metallindustrie 10 bis 15 Prozent auch ihrer Angestellten gekündigt. Darüber hinaus steht auch für sie ein Lohnabbau auf der Tagesordnung.

Auch die Ursache der neuen Massenentlassungen ist die Weltwirtschaftskrise, von der die deutsche Bourgeoisie am stärksten betroffen wird. Der Absatzmarkt für das internationale Kapital verringert sich immer mehr. Die erwachende koloniale Bourgeoisie ist der große Gegenpol gegen den abendlichen Kapitalismus, die ihm die Ausbeutung und den Absatz mehr und mehr streitig macht. Selbst das Idol aller Gewerkschaften und Sozialdemokraten, Amerika, das Land der „Dollarsonne“, die nach der Logik der Gewerkschaften und Sozialdemokratie einst das deutsche Proletariat beglücken sollte, ist wie nie zuvor mit von der Krise erfaßt. In jenen neuen großen Ringen an den Weltmarkt, um den Absatz wieder forcieren zu können, die Akkumulation zu steigern, versucht das Kapital aller Länder mit allen Mitteln, aus der Krise herauszukommen. Das wichtigste Mittel ist für es die Senkung der Produktionskosten. Und so geht selbst das amerikanische Kapital dazu über, den Angriff auf den Lohn des Proletariats zu eröffnen. „Die kapitalistische Entwicklung der Nachkriegszeit brachte Amerika eine Vormachtstellung gegenüber dem europäischen Kapital, die befristet wurde dadurch, daß sein Produktionsapparat technisch auf höherer Stufe steht.“

In jenem großen Kampf um die Märkte versucht nun auch das deutsche Kapital seine alte Machstellung wieder einzunehmen, ein ganz gewichtiges Wort mitzureden. Aber auf der anderen Seite ist als großes Hindernis der Young-Plan, der vorsieht, daß der Schweiß der deutschen Arbeiterklasse Milliarden von Trüben dem Entente-Kapital bringen muß. Die „Lösung“ der Krise ist auch für das deutsche Kapital nur möglich durch eine Verbilligung der Produktion. So wirft das Kapital immer mehr Proletariat auf Pfahler, um mit weniger Arbeitskräften die Produktion zu steigern, gleichzeitig die Produktion zu verbilligen, um wieder konkurrenzfähig zu werden. Das andere Mittel ist der Angriff auf den Lohn.

Der Schiedspruch durch den Kuttentrichter Stegerwald in Oeynhausen, der den Metallarbeitern an der Ruhr einen Lohnabbau von 7 1/2 Prozent brachte, und die Lohnerherabsetzung von 9 1/2 Prozent für die Mansfelder Kupfeln, waren das Signal für das übrige deutsche Kapital, den Angriff auf die Löhne zu eröffnen.

Den Gewerkschaften fällt ob dieser Offensive der Siemens, Borsig und Co. das Herz in die Hosen. Sie machen so etwas wie „Opposition“. In Nordwestdeutschland haben sie offen zum Streikbruch aufgerufen. In Mansfeld wurden die Arbeiter wochenlang an der Nase herumgeführt mit einem Scheinkampf, und so gründlich zermürbt, daß sie dann den 9 1/2-prozentigen Lohnabbau schluckten. Jetzt schreiben sie über den Tarifbruch der Berliner Metallgewaltigen. Die Vergangenheit lehrt, daß das Kapital da auf alle Gesetzmäßigkeit pfeift, wo für es seine Interessen, sein dreimal heiliger Profit eine Rolle spielt.

Die Gewerkschaften können zu einem eventuellen Kampfe nicht aufrufen wegen des schwebenden Tarifvertrages, jener „demokratischen“ Errungenschaft der Gewerkschaften, die der Arbeiter fesselt an diesen Staat. Dieses verruchte Tarifvertrageswesen ist zum stärksten Eckpfeiler einer Klassenherrschaft zwischen Kapital und Arbeit geworden. An ernsthaften Ausse-

